

Wenn ich den Leuten erzähle, dass ich Forschung über Wirtschaft in Entwicklungsländern mache, fragen sie oft: «Wenn es weltweit immer mehr Armut gibt, obwohl wir so viel Entwicklungshilfe leisten, nützt die Entwicklungshilfe denn überhaupt etwas?» Welches sind die impliziten Annahmen, die in solchen Fragen stecken, und stimmen sie empirisch? Die Armut auf der Welt ist in den letzten Jahren nicht etwa gestiegen, sondern so rapide gesunken wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Während 1990 noch 30 Prozent der Menschen weltweit in extremer Armut lebten, sind es heute weniger als 10 Prozent – dieser Anteil ist so tief wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Extreme Armut bedeutet, mit weniger als rund 2 Franken pro Tag leben zu müssen (Preisunterschiede miteingerechnet).

Trotz dem globalen Bevölkerungswachstum hat sich auch die absolute Zahl von Menschen in extremer Armut um mehr als die Hälfte verringert, von rund 1,7 auf 0,7 Milliarden. Gleichzeitig fiel der Anteil an unterernährten Kindern um über ein Drittel und jener an Analphabetismus und Kindersterblichkeit um die Hälfte. Trotz diesen unglaublichen Fortschritten leben immer noch sehr viele Menschen in Armut. In Ländern mit tiefem Einkommen ist die Kindersterblichkeitsrate etwa zehnmal höher als bei uns. Zudem bedrohen gegenwärtige Krisen den weiteren Fortschritt der Armutsbekämpfung. So haben Hunger und Unterernährung infolge von Covid-19, Klimawandel und Krieg in der Ukraine wieder zugenommen, nachdem sie jahrelang zurückgegangen waren. Es bleibt also viel zu tun.

Selbstverständlich basiert diese globale Armutsreduktion auf viel mehr als nur auf der Entwicklungszusammenarbeit. Die Forschung zeigt jedoch klar: Viele Entwicklungsprojekte haben eine enorm positive Wirkung und haben das Leben der Menschen nachhaltig verbessert. Dank neuen Forschungsmethoden, zum Beispiel randomisierten Feldstudien, kann die Wirkung heutzutage sehr gut

Entwicklungsprojekte haben grosse Wirkung

Bundesrat und Parlament möchten die Ukraine-Hilfe direkt aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren. Das hätte verheerende Folgen für die ärmsten Länder der Welt.
Gastkommentar von Dina Pomeranz

gemessen werden. Solche Studien belegen, dass die Entwicklungshilfe klare Effekte erzielen kann.

Im Gesundheitsbereich zum Beispiel hat die globale Gemeinschaft durch Impfkampagnen Millionen von Menschenleben gerettet. Allein die Masernimpfung verhindert schätzungsweise über zwei Millionen Todesfälle pro Jahr. Investitionen in Bildung wiederum haben nachweislich dazu geführt, dass das Einkommen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach dem Schulabschluss steigen. Dadurch erlangen erwiesenermassen nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern später auch ihre Kinder einen höheren Lebensstandard. Auf-

grund der höheren Bildung und der besseren Gesundheitsversorgung sinken auch die Geburtenraten, so dass heute die Anzahl Kinder auf der Welt praktisch nicht mehr wächst.

Andere Forschungsergebnisse zeigen, dass Infrastrukturinvestitionen wie der Bau von Hängebrücken, welche isolierte Gemeinden mit Marktzentren vernetzen, das regionale Wachstum stark ankurbeln. Studien belegen, dass solche Brücken das Einkommen der Menschen um über ein Viertel erhöhen können, indem sie ihnen direkteren Zugang zu Märkten für Landwirtschaftsprodukte und zur Teilnahme am Arbeitsmarkt eröffnen. Anlängst

wurde die zehntausendste Hängebrücke in Nepal eingeweiht. Diese Brücken sind dank Schweizer Unterstützung entstanden und haben das Leben von 19 Millionen Menschen nachhaltig verbessert.

Eine weitere implizite Annahme in der oben angeführten Ausgangsfrage ist, die Schweiz sende viel Geld in arme Länder. Eine ETH-Studie zeigt, dass der Grossteil der Schweizer Bevölkerung massiv überschätzt, wie viel Entwicklungshilfe der Schweizer Staat effektiv leistet. Rund 80 Prozent der Befragten wussten nicht, dass es sich um weniger als 450 Franken pro Person und Jahr handelt. Damit ist die Schweiz weit unter dem Uno-Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE); ein Ziel, das die Uno mehrmals bekräftigt hat. Andere Länder wie Schweden, Norwegen oder Deutschland setzen über 0,8 Prozent ihres BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ein.

Rund zwei Drittel der Stimmbevölkerung wünschen sich laut ETH-Studie denn auch eine Erhöhung der Schweizer Entwicklungshilfe. Als Hauptgründe geben die Befragten die Wahrung des Weltfriedens, die Reduktion der Folgen des Klimawandels und die Solidarität an. Die Schweizer Bevölkerung will mehr helfen. Trotzdem zeichnen sich Kürzungen für die internationale Zusammenarbeit ab: Bundesrat und Parlament möchten die Ukraine-Hilfe zulasten der Ärmsten direkt aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren.

Das hätte verheerende Folgen, denn Entwicklungsgelder haben in den ärmsten Ländern die grösste Wirkung. Mit einer faktischen Kürzung der internationalen Zusammenarbeit zielen Bundesrat und Parlament gemäss der Erhebung am Willen der Stimmbevölkerung vorbei. Diese wünscht sich im Gegenteil einen Ausbau der Unterstützung für die Ärmsten.

Dina Pomeranz ist Assistenzprofessorin in Mikroökonomie am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Zürich.